

Unterrichtung

**durch das
Europäische Parlament**

**EntschlieÙung des Europäischen Parlaments zu den
Vorbereitungen für die Tagung des Europäischen Rates in
Stockholm**

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments
- 107382 - vom 29. März 2001. Das Europäische Parlament hat die EntschlieÙung
in der Sitzung am 15. März 2001 angenommen.

Stellungnahme des Bundesrates: Drs. 86/01 (Beschluss)

Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Vorbereitungen für die Tagung des Europäischen Rates in Stockholm

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 23./24. März 2000 in Lissabon, wonach es das neue strategische Ziel der Europäischen Union ist, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, der fähig ist, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen,
- unter Hinweis auf die nachfolgenden Legislativvorschläge und verschiedene von der Kommission und dem Rat dem Europäischen Rat übermittelte Dokumente und insbesondere auf den Synthesebericht der Kommission über die Verwirklichung des Potenzials der Europäischen Union: Konsolidierung und Ausweitung der Lissabonner Strategie und die Kommissionsmitteilung über Strukturindikatoren (KOM(2000) 594),
 - A. in der Erwägung, dass die Leitlinien des Europäischen Rates von Lissabon sich auf die Stärkung der sozialen Marktwirtschaft gründen, und zwar über einen komplementären Ansatz von nachhaltigem Wachstum und Strukturreformen, Vollbeschäftigung und sozialpolitischen Maßnahmen mit kumulativen Vorteilen für jeden der Politikbereiche,
 - B. in der Erwägung, dass der Europäische Rat von Stockholm das erste der jährlichen Treffen sein wird, die eine globale Kohärenz und wirksame Überwachung der Fortschritte auf dem Weg zum strategischen Ziel gewährleisten sollen, und dass daher die Lissabonner Strategie in Stockholm aktualisiert werden muss,
 - C. unter Hinweis darauf, dass die Europäische Union unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten zwar Fortschritte macht, es ihr aber noch nicht gelungen ist, ihre Wirtschaft nachhaltig zu entwickeln, wie in Artikel 6 des Vertrages gefordert wird, und in der Erwägung, dass dies ein integriertes Vorgehen in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik erfordern würde,

Allgemeine Prüfung der in Lissabon vereinbarten Strategie und Ziele

1. unterstützt die politische Botschaft des Syntheseberichts der Kommission, dass die Mitgliedstaaten die Kluft zwischen den in Lissabon eingegangenen Verpflichtungen und ihrer praktischen Umsetzung überbrücken müssen; weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es weiterhin wichtig sein wird, einen ausgewogenen und interdependenten Policy-Mix fortzusetzen, in dessen Rahmen die Fortschritte in jedem Politikbereich wechselseitige Unterstützung erfahren;
2. erwartet daher vom Europäischen Rat, dass er in Stockholm eine selbstkritische Haltung einnehmen wird; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass dennoch unbedingt weiterhin an den Gesamtzielen eines 3%igen Wachstums und der Vollbeschäftigung mit Unterstützung von makroökonomischer Stabilität und dynamischen Wachstumsfaktoren festgehalten werden muss;

3. fordert den Europäischen Rat auf, auf der Grundlage seiner Bewertung die Herbeiführung greifbarer Ergebnisse beim weiteren ausgewogenen Prozess der Liberalisierungsregelung sowie den Strukturformen und ein verbessertes Unternehmensklima, mehr und bessere Arbeitsplätze, eine verbesserte Bildung und Weiterbildung und einen stärkeren sozialen Zusammenhalt anzustreben;
4. ist der Ansicht, dass der wirtschaftliche und soziale Ansatz der Lissabon-Strategie die Umweltdimension für alle betroffenen Politikbereiche einschließen muss („Mainstreaming“); fordert daher die Entwicklung einer fundierten analytischen Grundlage für Umweltverträglichkeitsprüfungen im Hinblick auf die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung;
5. warnt davor, zu viele Ziele vorzugeben, was nicht nur zu Widersprüchen führen oder nachteilige Auswirkungen haben kann, sondern auch den Spielraum der Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung des strategischen Ziels einschränken kann; fordert den Europäischen Rat und die Mitgliedstaaten auf, sich an den Vorschlag der Kommission mit 28 Strukturindikatoren sowie sieben gesamtwirtschaftlichen Hintergrundindikatoren zu halten; fordert allerdings eine jährliche Aktualisierung aller Indikatoren und qualitativ bessere Informationen, die ein vollständiges Bild der wirtschaftlichen Fortschritte und des sozialen Zusammenhalts vermitteln;
6. ist der Auffassung, dass statistische Indikatoren und vergleichende Studien nützliche Instrumente bei den Bemühungen um ein dynamischeres Europa sein können, weist jedoch warnend darauf hin, dass die statistische Belastung der Unternehmen verringert werden muss; erwartet daher die Entwicklung eines modularen statistischen Rechnungsführungssystems in naher Zukunft;
7. erwartet in diesem Zusammenhang, dass die entscheidenden wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Instrumente, insbesondere die Grundzüge der Wirtschaftspolitik, der Bericht über die Funktionsweise des Binnenmarkts (Cardiff-Bericht) und die Europäischen Beschäftigungsleitlinien im Lichte der jährlichen Leitlinien der Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates überprüft werden;

Wirtschaftsreformen

8. weist auf die Bedeutung des Stabilitäts- und Wachstumspakts bei der Förderung des nachhaltigen Wachstums, einer niedrigen Inflation und gesunder öffentlicher Finanzen in allen Mitgliedstaaten hin; vertritt die Auffassung, dass sich eine Reform leichter verwirklichen lässt, wenn es den Volkswirtschaften gut geht;
9. ist daher der Ansicht, dass öffentliche und private Investitionen, durch die hochwertige Infrastrukturen geschaffen werden, wichtig sind, um eine wettbewerbsfähige und dynamische wissensgestützte Wirtschaft zu schaffen; fordert daher Empfehlungen für die Verwendung, Qualität und notwendige Neuausrichtung der öffentlichen Ausgaben, mit denen ein Beitrag zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung und Beschäftigung geleistet wird;
10. fordert den Europäischen Rat auf, die im Rat anhängigen Binnenmarktdossiers zur Eilsache zu machen; fordert den Europäischen Rat auf, den Ministerrat anzuweisen, unverzüglich eine gemeinsame Haltung zu Fristen für die Vollendung des Binnenmarkts für Postdienste, Elektrizität und Gas festzulegen; fordert ihn gleichzeitig auf, ihre ökologischen und

sozialen Folgen weiter zu bewerten;

11. betont, dass der Binnenmarkt vollendet werden muss, wobei die Unternehmen gefördert werden müssen und nicht über Gebühr durch Regulierung, Besteuerung und Gesetzesvorschriften behindert werden dürfen; erinnert den Europäischen Rat vor dem Hintergrund des Zwischenberichts der Kommission über den Abbau der Regelungskosten (über eine Bewertung der Auswirkungen auf die Unternehmen usw.) an die in der Europäischen Charta für mittelständische Unternehmen enthaltenen Verpflichtungen, die er im Juni 2000 angenommen hat;

Modernisierung der Arbeitsmärkte

12. ist erfreut darüber, dass in den letzten drei Jahren schätzungsweise 2,6 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, weist jedoch darauf hin, dass die Arbeitslosigkeit insbesondere in den meisten größeren Mitgliedstaaten weiterhin unannehmbar hoch ist; erwartet daher, dass der Europäische Rat von Stockholm konkrete Zeitpläne für ausstehende und notwendige Initiativen wie etwa ehrgeizige Zwischenziele für eine wesentliche Steigerung der Beschäftigtenrate festlegt;
13. unterstützt den Vorschlag der Kommission über die Einsetzung einer hochrangigen Task Force, die die grenzüberschreitende Mobilität prüft, wobei die Mitgliedschaft in dieser Task Force breit gefächert sein sollte, damit sie zweckmäßige Methoden zum Abbau der Haupthemmnisse für die Mobilität und der steuerlichen Belastung der Arbeit sowie zur Verringerung der Arbeitslosigkeit vor allem bei Langzeitarbeitslosen, Frauen, Jugendlichen, behinderten und älteren Arbeitnehmern durch angemessene Maßnahmen vorschlagen kann, die vom Parlament und der Kommission bereits aufgezeigt wurden;
14. anerkennt, dass eine Verbesserung der Beschäftigungsqualität insbesondere dazu beitragen wird, Frauen und Personen, die sich dem Ende ihres normalen Arbeitslebens nähern, auf dem Arbeitsmarkt zu halten und dadurch das Wirtschaftswachstum weiter anzukurbeln; ist der Auffassung, dass die Anpassung des gemeinschaftlichen Rechtsrahmens für neue Arbeitsformen (Tearbeit, Heimarbeit, Teilzeitarbeit, befristete Arbeitsverträge und atypische Arbeit im allgemeinen einschließlich selbständiger Erwerbstätigkeit) eine Priorität sein muss, um Flexibilität und Sicherheit auf einem neuen europäischen Arbeitsmarkt zu kombinieren;
15. erwartet, dass auch demographischen Tendenzen und der Lage der europäischen Arbeitsmärkte durch die Gestaltung einschlägiger nationaler und europäischer legislativer und analytischer Rahmen für die Modernisierung der Rentensysteme einschließlich der rechtlichen, steuerlichen, der Versicherungs- und der sozialen Aspekte auch im Hinblick auf eine bessere Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben große Aufmerksamkeit geschenkt wird;

Innovation und Weiterbildung

16. bedauert wie die Kommission die schleppenden Fortschritte in Bereichen wie dem Gemeinschaftspatent und dem lebensbegleitenden Lernen; fordert ferner den Europäischen Rat auf, die ins Stocken geratene zweite Entwicklungsphase von Galileo (Europäisches Satellitennavigationssystem) wieder in Gang zu bringen und sich mit der Frage der staatlichen Hilfen zu Förderung von Risikokapital zu beschäftigen;

17. ist ebenfalls der Ansicht, dass im Bereich der Informationstechnologie alle Elemente des Telekommunikationspakets einschließlich des Aktionsplans eEuropa in diesem Jahr angenommen werden müssen; fordert Fortschritte im Bereich der Biotechnologien, wobei der Europäische Rat erkennen muss, dass mit der Anwendung einiger dieser Technologien sittliche und ethische Frage verbunden sind, über die ein nichtständiger Ausschuss des Europäischen Parlaments berichten wird;
18. verweist auf die Notwendigkeit, die Forschungstätigkeiten und -politiken als entscheidende Komponente des neuen Marktes mit einer aktiven Rolle der Kommission zu koordinieren; konkrete Schritte müssen eingeleitet werden, um ein Netz europäischer Forschungszentren zu entwickeln und die Verbreitung und den Austausch von Forschungsergebnissen zu erleichtern, die die Lebensqualität erhöhen, ferner muss der Anteil des BIP, der für F&E verwendet wird, auf mindestens 3% erhöht werden;
19. bedauert, was die künftigen Ziele der Bildungssysteme anbelangt, dass es keine Gelegenheit hatte, sich zu den Berichten der Kommission und des Rates zu äußern; befürwortet die Stärkung der Bildungssysteme und der Systeme des lebensbegleitenden Lernens, indem sie besser auf den individuellen Bedarf zugeschnitten werden; hält es für wünschenswert, dass eine breite Palette öffentlicher und privater Einrichtungen vorhanden ist, damit der Zugang aller zu den Bildungs- und Fortbildungssystemen erleichtert wird;
20. betont, wie wichtig es ist, eine umfassende Politik für Information, neue Technologien und Kommunikation zu entwickeln, die hochwertige Infrastrukturen fördert und wettbewerbsfähiges Wachstum, Zugangs- und Wahlmöglichkeiten mit dem Ziel begünstigt, eine „digitale Trennungslinie“ in einer dynamischen wissensgestützten Gesellschaft zu vermeiden;

Sozialer Zusammenhalt

21. fordert den Europäischen Rat auf, den bei der Modernisierung des europäischen Sozialmodells verlorengegangenen Schwung wieder herzustellen, und zwar derart, dass privat und öffentlich finanzierte Lösungen in einem komplementären Ansatz zur Herbeiführung des sozialen Zusammenhalts entwickelt werden;
22. ist der Auffassung, was die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung und Armut anbelangt, dass die Bemühungen weiterhin mit der Europäischen Sozialagenda übereinstimmen sowie im Rahmen der neuen Methode der offenen Koordinierung bleiben müssen, was zu verbesserten Politiken und Strukturen führen muss, um die Schwierigkeiten junger Menschen und benachteiligter Personen wie der Behinderten, der älteren Menschen und der legalen Einwanderer zu beheben;
23. fordert den Europäischen Rat auf, Bewertungen des derzeitigen Systems der Strukturfonds durch nationale und regionale Behörden in die Wege zu leiten, damit Beratungen mit dem Europäischen Parlament und der Kommission über die Fundamente einer Politik des Zusammenhalts in einer erweiterten Union beginnen können;
24. fordert den Europäischen Rat auf, die Schaffung von Sondermaßnahmen zur Unterstützung der Regionen in äußerster Randlage der Europäischen Union zu fördern;

Aussichten für die Zeit nach Stockholm

25. ist der Auffassung, dass der Europäische Rat von Stockholm und die folgenden Frühjahrstagungen des Europäischen Rates auf dem in Lissabon vorgezeichneten Weg weitergehen müssen und das Projekt auf die Bewerberländer ausdehnen müssen;
26. fordert den Europäischen Rat auf, den Vorgaben des Syntheseberichts der Kommission zu folgen und eine besser strukturierte Arbeitsweise zur besseren Kooperation zwischen den Gemeinschaftsorganen, mit der dem Europäischen Parlament gebührende Rolle, anzunehmen, um die Bedingungen für eine erfolgreiche Verwirklichung des strategischen Ziels zu schaffen;
27. fordert den Europäischen Rat und die Kommission auf, vor jedem Frühjahrsgipfel einen breiten Konsultationsprozess einzuleiten, um die Auffassungen der Vertreter der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft in allen Mitgliedstaaten in Erfahrung zu bringen; die Sozialpartner könnten eine wichtigere Rolle bei der Durchführung dieser Strategie durch die Einleitung von Verhandlungen auf EU- und nationaler Ebene spielen;

o

o o

28. beauftragt seine Präsidentin, diese EntschlieÙung dem Europäischen Rat, der Kommission, dem Rat und den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und der Bewerberstaaten zu übermitteln.